

Dresdner Neueste Nachrichten

Abonnementpreise: Die 20 mm breite Seite kostet 0.30 Goldmark, für zwei Seiten 0.50 Goldmark. Die Zeitungsmenge, 61 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für zwei Seiten 2.00 Goldmark. — Die Druckseite für Buchdruckereien beträgt 0.10 Goldmark. — Zur Einschätzung an bestimmten Tagen und Stellen kann eine Seite nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-M., Ferdinandstr. 4. • **Telefon:** 20024, 27951, 27952, 27953. • **Teleg.:** **Nette** Dresden. • **Possche** Dresden 2060

Zugangszeitungen (ohne Bildspalte) werden weiter vertrieben nach aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Schießerei oder Streit haben unter Beifügung eines Urkunds auf Nachprüfung der Gültigkeit der entsprechenden Abmachungen.

**Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung**

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mark
Postpreis für zweite Februar 2.00 Goldmark. Für die Niedero-Sächsische
monatlich 2 M. 10. Kreisabonnementen: im Jahr 1.000 Goldmark, von dem
Gehaltsanteil 1.20 Goldmark. **Gehaltsnummer 10 G. Pfennig**

Nr. 38

Montag, 14. Februar 1925

XXXIII. Jahrg.

Neue Verhaftungen in Berlin

Justizrat Werthauer nach der Ankunft aus Dresden am Bahnhof festgenommen — Eine Wendung in der Affäre Hoesle?

Werthausers Beziehungen zu Ratiß

B. Berlin, 13. Februar. (Ein. Druckbericht)

Bei der Untersuchung in dem Finanzamtshaus Bernhardsthal ist die Staatsanwaltschaft auf Kosten des bekannten Berliner Rechtsanwalts Dr. Werthauer und seines Sohns Dr. Engelbert gestoßen. Aus den Konten und den Auslagen Ratiß' und verschiedener Zeugen ging hervor, daß die Anwälte sich gegen einen der Antiklerikalen Konzerns gegen die Weimarer Regierung hätten. Darauf wurde zunächst Dr. Engelbert schenkensam als Kriminalbeamter bestellt, um nach Dresden zu berufen, der dort zu einem Termin wolle, zu ersuchen. Werthauer war inzwischen aber wieder nach Berlin abgereist. Gegen 11 Uhr nachts traf der Dresdner Zug hier ein. Staatsanwalt Dr. Galpari, im Kriminalamtshaus und mehrere Kriminalbeamter kamen ihm auf dem Bahnhof ein und verjagten den Zug mit Werthauer in demselben. Der Befreite wurde vorläufig als Polizeigefangener in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Dr. Hoesle ist gekommen von der Staatsanwaltschaft ernannt vorgenommen worden. Über den Stand der Untersuchung wird berichtet, daß der Betrieb der Unterkunft im Amt offenbar nicht aufrechterhalten werden kann. Es steht, als ob die Depositions- und Handelsbeamten bei einem Dr. Hoesle förmlich in ihren Büros geführt hat, so daß nach dieser Richtung sich nichts Bekleidetes gegen Dr. Hoesle ergeben hat. Ebenso

werben dessen Beziehungen zum Bankhaus Möller ihm nicht mehr zum Vorwurf gemacht. Dagegen beharrt der Oberstaatsanwalt auf seiner Aussicht, daß Dr. Hoesle nicht genugt hätte, wenn er nicht durch die ihm von den Beamten gewährten Baugelder für seine Villa in Lichtenberg in gewisser Weise befreit werden wäre und sich zu einem mit den Interessen des Antiklerikalen Konzerns gegen die Weimarer Regierung hätten. Darauf wurde zunächst Dr. Engelbert verurteilt, lassen. Hoesle soll erst dann wieder verurteilt werden, wenn der Angeklagte keine Beweise erbringen kann von der Staatsanwaltschaft geholt werden.

Überführung Dr. Hoesles ins Lazarett

B. Berlin, 13. Februar. (Ein. Druckbericht) Dr. Hoesle mußte gestern in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses übergeführt werden, da festgestellt wurde, daß er an Herzkrankheit leide. Sein Zustand erfordert das vorläufige Verbleiben im Lazarett. Leider hielten die Betreiber im Untersuchungsgefängnis heute eine Unterredung mit Herrn Hoesle.

Polizeipräsident Richter beruft

B. Berlin, 13. Februar. (Ein. Druckbericht) Wie der amtliche Preußische Pressechef mitteilt, hat der preußische Minister des Innern Governing ein Erlassgesuch des Berliner Polizeipräsidenten Richter genehmigt.

Bisherig keine Lösung der Sicherheitsfrage

England verschont sich hinter die Dominions

Telegramm unseres Korrespondenten

w. London, 13. Februar

Die Angriffe der Oppositionspresse und auch der genügsamen konserватiven Presse auf die Außenpolitik der Regierung, über die an dieser Stelle schon mehrfach berichtet wurde, haben bereits zu einem teilweisen Erfolg geführt. Chamberlain vorliegende Erklärungen im Unterhaus über das Generale Protokoll gelten in diplomatischen Kreisen als ein direktes Ergebnis dieser Angriffe. Das Kabinett herzlichen Dankes Meinungsverschiedenheiten über die englischen Verpflichtungen in der Sicherheitsfrage. Ein Teil der Minister, einschließlich des Außenministers, ist der Ansicht, daß England bei der Londoner Domes-Konferenz als Gegengabe für gewisse Engagements Herricht einen Sicherheitspakt in Aussicht gestellt habe und daß es nicht möglich sei, diese Versprechungen zu halten. Andere Minister halten einen Sicherheitspakt, wie ihn Frankreich fordert, angeblich der wachsenden Opposition in den Dominions gegen jede allzu starke Bindung an den Kontinent nicht für ratsam.

Hohenlohe ist die Entscheidung über diese Frage weiter auf lange Zeit hinausgeschoben. Die Regierung muß auch die Entscheidung über die Entscheidung der Dominions über das Generale Protokoll abwarten, ehe sie irgendwelche Schritte über einen anderenartigen Plan fassen kann. Bisher sind, einer Meldung der "Times" zufolge, von allen Dominions außer dem irischen Freistaat lediglich vorläufige Antwortschreiben auf die britische Note an die Dominions zum Generale Protokoll eingegangen. Diese Antworten deuten alle, wie schwierig es für die Dominions ist, an einer definitiven Entscheidung in dieser wichtigen und komplizierten Frage zu gelangen. Sie befürchten noch einer weiteren Frist, bevor sie endgültige Entscheidungen fassen können.

Die von dem Unterministerium des Kabinetts und dem Reichsverteidigungskomitee eingerichteten Abhandlungsvorschläge zum Generale Protokoll hat den Dominions noch gar nicht übermittelt worden. Englands kann danach auf den März-Besuch des Börsenministers keine endgültige Erklärung über das Protokoll abgeben. Wahrscheinlich wird er damit, und insbesondere auch mit allen Beratungen über einen anderweitigen Sicherheitspakt, der das Generale Protokoll erscheinen könnte, bis nach der Börsenkonferenz am 1. September im September derart warten müssen. Daher wird, wie auf englischer Seite berichtet wird, jede Möglichkeit ausgeschlossen, die Börsenkonferenz mit dem Sicherheitsproblem zu verbinden, wie das Frankreich wünscht. Der endgültige

Das Ende des Generale Protokolls

x. London, 13. Februar. Deutet meldet, daß infolge der offiziellen Note in vielen Kreisen des Generale Protokolls abgedeckt und ein anderer Kontakt zur Entwicklung gekommen werden soll.

Berlin und die Provinz

Der württembergische Staatspräsident Wadille hält es für notwendig, ausgetragen beim Empfang des deutschen Reichspräsidenten in Stuttgart des längeren und breiteren von der Abneigung des ganzen Landes gegen die Reichshauptstadt Berlin zu sprechen. Ob es besonders ratsam war, gerade bei einer solchen Gelegenheit auf diese Dinge einzugehen, sei dahingestellt. Es steht auch nicht das längere davon eingegangen, daß die Befürworter nicht vertreten lassen. Hoesle soll erst dann wieder verurteilt werden, wenn der Angeklagte keine Beweise erbringen kann von der Staatsanwaltschaft geholt werden.

Justizrat ist nun das Echo, das dieser kleine Zwischenfall in Berlin findet.

Angesichts der Weltspitzenstellung glaubt zum Gewalt greifen und die beliebteste Ecke Berlins räumen zu müssen. Sie liegt die Provinzien ein Privatstadium über die unvergleichlich große politische Bedeutung der Reichshauptstadt Berlin und die unvergleichlich geringe der sogenannten "Provinz", das heißt des ganzen übrigen Deutschlands, mit Einschluß von München, Dresden, Köln, Hamburg und Bremen. Sie sieht mahnend den Finger empor und erklärt mit gerungenem Stirn, die Provinz hätte nicht den nötigen Respekt vor der Reichshauptstadt, und es gehöre zu den "größten deutschen Nationalfehlern", die repräsentativen Einrichtungen des Reiches (siehe: die Reichshauptstadt Berlin) verabscheuen.

Der von gewissen in oberbayrischen Tälern gelegenen Kulturstädten geführte Münchenskampf gegen den "Sündenfuß" und die "große bayrische Provinz", wie man die litzende Stadt an der Seite zwischen Rosenheim und Verchbergbad zu nennen pflegt, wird sicherlich im übrigen Deutschland als lächerlich und vorichtig empfunden; als ein Projekt des Mittelalters gegen das 20. Jahrhundert, der nicht anders zu bewerten ist, als die drohenden Verwahrlosungen der Thurn- und Taxis-Postlinien gegen die ersten Postlinien in Deutschland.

Aber die "Politische Zeitung" führt ganz richtig heraus, daß die wachsende Abneigung gegen Berlin nicht auf Oberbayern beschränkt ist, sondern daß, wie sie selbst feststellen muß, die Reichshauptstadt auch sonst im Lande nicht die höchste Aufsicht erfreut. Woran liegt das? Die "B.Z." sieht nach Art unverstandener Frauen zum Himmel empor. Ihr versteht nichts nicht! Ihr kann auch nicht in ihre differenzierten und sensiblen Seelen hineinsehen! Ihr fehlt halt einfache, brave, bieder, aber im Grunde doch etwas — nein, es nicht über — behutsame Provinzler, die an ihrer Stammeigentümlichkeit hängen und die infolgedessen — man höre — oft nicht das richtige Verständnis für die Tatsache haben, daß die deutsche Gesamtpolitik „unter ganz anderen Gesichtspunkten, mit ganz andern Angleichungen an die Ideeengänge der großen Weltpolitik“ betrieben werden muß, als es in der Politik der Länder vernünftig und richtig wäre.

Ja, da stehen nun wir armen provinzialischen Kirchenverbänden ganz deßmunt und müßten uns sagen lassen, daß wir alle diese Dinge der Politik angehören unter beschränkten Provinzverhältnissen „nicht unter französischen Gesichtspunkten“ zu sehen gewohnt sind! Also: das Europäische fehlt und! Die großen Gesichtspunkte! Der weite Blick! Der Sinn für das Gesamtdeutsche!

Alles das ich in Berlin zu finden. Man braucht nur hinzuschreiben: der Sinn für das Gesamtdeutsche. Besonders im preußischen Abgeordnetenhaus, wo die Hälfte der Deputierten brillend und klarzähnend den Saal verläßt, als der zußig einer andern Parteiangehörigen angehörige Staatspräsident eine Protestsrede gegen die Weiterbefreiung Südlans an das Ausland richtet will, der europäische Blick, in der Tatlage, daß sämtliche reichskonservativen Blätter in den Tagen, die dem Unfallsdatum des 10. Januar vorauseilen, höchstens damit beschäftigen, Stimmen zu abstimmen und zu publizieren, Meßtheilten auszurichten, sich gegenzeitig mit allerlei gütigen Innenfilzen zu verbünden, das heißt auf deutsch das liebliche Hotel-Kabinett-Kritik, den Wahl-Jugend-Club für Gesellschaftspolitiker, an spielen.

Nicht mehr, wenn man da nicht Respekt bekommt! Es ist wirklich einigermaßen spaßig, daß angesetztes in diesen Tagen der Dauerkrise und der Korruptionsskandal Berlin so sehr auf sein Renomme als politisches Führungskreis noch pöbel. Gerade in diesen Tagen, da man weiß, wie bereits 1919 zu erwarten beginnt, ob es vielleicht doch besser gewesen wäre, dem Beispiel Amerikas zu folgen, daß seine Hauptstadt aus dem lärmenden New-York in das stillen Washington verlegt.

Wie jedes Unvoreingenommene freihalten muß, wird nirgend weniger noch großes und allgemeines Geschäftspunkten Politik getrieben als in der Reichshauptstadt, wo der rasende Abhau einer Weltstadt des gewaltigen Jahrhunderts jedes Kriterium und dieses Durchdenken der Probleme und jedes Hinausschauen über den nächsten Tag verhindert und jede Ruhepause unmöglich macht in dem rastlosen Kampf, der in dieser rasch lebenden und sich rasch wandelnden Metropole seine Position und seine Stellung zu erhalten. Aber will man in der die auf die Spur getriebene Parteipolitik, in dem Ruhmengeschäft, in dem dunklen Intrigenantum, in dem lächerlichen und langweiligen Prestischen, die den Kapitel der Berliner Zeitungen ausfüllen, jene Angleichung an die Ideengänge der großen Weltpolitik! sehen, die angeblich für Berlin so charakteristisch ist?

Wenn man diese Angleichung an die Ideengänge der großen Weltpolitik finden will, wenn man wirklich den Abhau der großen Welt erlassen will, jener Welt, die keineswegs des Klein und eng gewordenen europäischen Kontinents lebt, dann wird man nach Hannover gehen müssen, nach Bremen oder nach Köln, vielleicht jetzt noch München. Denn in München haben es auch — seltsamerweise — neben dem hornischen Parteiloyalismus blauweißer Ohnmacht die volkumfassenden Fortschritte Karl Haushofer's, des Geopolitikers, und die ganze Wissenschaften umstürzenden Ideen eines Spenglers ihren Ausgangspunkt.

Das sind die Tatsachen, die der gute Berliner nicht übersehen sollte. Er fragt und in der "Politischen Zeitung", man sollte ihm das Opfer nicht so schwer machen, daß er Teutschland bringt, indem er darf der laufenden Kämpfen Glorie und allgemeine europäische Lebens auf die Atmosphäre der Reichshauptstadt immer rasch erklaue, was der europäische Moment verlangt, und damit verhindere, daß Deutschland „in trocklose Mollierung verfällt“. Bescheidenheit und Zurückhaltung war niemals eine besondere Eigenschaft des Reichshauptstadters. Die deutsche Gedächtnis der letzten vierzig Jahren ist doch wohl ein einziger vorredender Beweis dafür, daß man in Berlin niemals das fand, was die Mollierung Deutschlands verhinderte, und fand das das Gegenteil von dem tat, was der berühmte europäische Moment erforderete, daß eine wahrhaft trockne Weltpolitik immer wieder durch die Tatkraft und Entschlusskraft der Parteidrägerlinie und der Verbandsdynastie in Berlin, unmöglich gemacht wurde, daß Berlin zwar sehr oft Zentrum des Skandals, Partei- und Klauenpolitik war, aber nie Mittelpunkt oder Ausgangspunkt einer wahrhaft großzügigen Weltpolitik.

Theodor Schulze.

Unterredung Schamers mit Chamberlain
Deutschland verzichtet auf Vorschläge?
Telegramm unseres Korrespondenten

oh. Paris, 13. Februar

Wie dem „Echo de Paris“ am London berichtet wird, soll der dortige deutsche Vertreter, Dr. Schamer, am 31. Januar mit Chamberlain in einem Unterredung gehabt haben, in deren Verlauf der diplomatische Vertreter des Deutschen Reiches eine Protesterklärung gegen die Weiterbefreiung Südlans an das Ausland richtet will, der europäische Blick, in der Tatlage, daß sämtliche reichskonservativen Blätter in den Tagen, die dem Unfallsdatum des 10. Januar vorauseilen, höchstens damit beschäftigen, Stimmen zu abstimmen und zu publizieren, Meßtheilten auszurichten, sich gegenzeitig mit allerlei gütigen Innenfilzen zu verbünden, das heißt auf deutsch das liebliche Hotel-Kabinett-Kritik, den Wahl-Jugend-Club für Gesellschaftspolitiker, an spielen.